



SACHBERICHT



KAS EUROPABÜRO BRÜSSEL

Die europapolitische Rolle des Bundestags nach Lissabon

Luncheon-Roundtable mit Gunther Kirchbaum MdB, 13. April 2010, Europabüro der Konrad-Adenauer-Stiftung

Nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon am 1. Dezember 2009 setzte sich Gunther Kirchbaum MdB, Vorsitzender des Ausschusses für Angelegenheiten der Europäischen Union im Bundestag, mit der europapolitischen Rolle des Bundestags unter dem neuen EU-Vertragswerk auseinander.

Krichbaum betonte, der Bundestag habe seine Europafähigkeit nicht erst mit dem Vertrag von Lissabon und dem Lissabon-Urteil des Bundesverfassungsgerichts erworben. Damit wurde explizit dem durch das Bundesverfassungsgericht erweckten Eindruck entgegengetreten, der Bundestag habe seine europapolitische Verantwortung in der Vergangenheit unzureichend wahrgenommen. Seit dem Vertrag von Maastricht habe der Bundestag deutlich an Europafähigkeit gewonnen, so Krichbaum. In diesem Zusammenhang wurde auf die Gründung eines Verbindungsbüros des Bundestags in Brüssel verwiesen, das sowohl Mitarbeiter der Bundestagsverwaltung als auch der Fraktionen fasst und die Bundestagsabgeordneten mit relevanten Informationen aus Brüssel versorgt. Ferner würden Europaparlamentarier in die Beratungen des Europaausschusses eingebunden. Im Gegenzug forderte Krichbaum Bundestagsabgeordnete auf, verstärkt Reisen nach Brüssel zu unternehmen. Zudem wurde auf eine seit 2006 bestehende Vereinbarung zwischen Bundesregierung und Bundestag verwiesen, welche die Kooperation zwischen Bundesregierung und Bundestag in der Europapolitik regelt und damit zur Europafähigkeit des Bundestages beiträgt.

Die europapolitische Rolle der Parlamente sei jedoch durch den Vertrag von Lissabon gestärkt worden. Dies führte Krichbaum u.a. auf die starke Stellung der Parlamente im Verfassungskonvent zurück. Das Europäische Parlament sei durch die Ausweitung des Mitentscheidungsverfahrens nunmehr in den meisten Politiken gleichberechtigter Gesetzgeber neben dem Ministerrat. Den nationalen Parlamenten sei insbesondere die Subsidiaritätskontrolle übertragen worden. Dem Bundestag gehe es dabei nicht um eine Blockade des Europäischen Einigungsprozesses. Insbesondere vor dem Hintergrund der Globalisierung sei es wichtig, dass Europa mit einer Stimme spreche, um europäische Standards auch international durchzusetzen: Eine Aufgabe, die kein Mitgliedstaat allein meistern könne. Mitspracherechte nationaler Parlamente müssten jedoch künftig verstärkt gesichert werden. In diesem Zusammenhang kritisierte Krichbaum, die Übersetzung von Kommissionsdokumenten, die Bundestag und Bundesrat im Rahmen der Subsidiaritätskontrolle übersendet werden, sei mitunter unzureichend. Ferner übte Krichbaum Kritik an aktuell in Brüssel diskutierten Überlegungen, die durch den Lissabon-Vertrag notwendig geworden

SACHBERICHT
EUROPABÜRO BRÜSSEL
APRIL 2010

www.eukas.eu

Aufstockung der Europaparlamentarier von 736 auf 754 via Abordnung von Parlamentariern durch nationale Parlamente zu realisieren und kündigte eine Stellungnahme des Bundestags diesbezüglich an. Derartige Vorstöße seien Wasser auf die Mühlen derer, die ohnehin an der demokratischen Legitimität des Europäischen Parlaments zweifeln: Eine Position, die der Bundestag nicht teile, so Krichbaum.

Ferner forderte Krichbaum weitere Anstrengungen zur Stärkung der Handlungsfähigkeit der EU. Die aktuelle Haushaltskrise Griechenlands verdeutliche, dass die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts noch ernster genommen werden müssten. Ferner sei fraglich, inwiefern der Vertrag von Lissabon ausreiche, um die Handlungsfähigkeit der EU infolge weiterer Beitrittsrunden sicherzustellen.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion sprach sich Krichbaum dafür aus, künftig die besten Beamten Europas nach Brüssel zu locken. Eine Tätigkeit in Brüssel dürfe nicht länger als Sackgasse, sondern müsse als Katalysator für den beruflichen Werdegang eines Beamten perzipiert werden. Mithin sei eine Reform des Anreizsystems für Beamte in Europa geboten.

Ferner sprach sich Krichbaum für die Förderung der Sprachenvielfalt in den EU-Institutionen aus. Insbesondere der deutschen Sprache als der am häufigsten gesprochenen Muttersprache in der EU müsse ein besonderer Platz eingeräumt werden. Zudem sei ein Ausbau des Sprachendienstes der Europäischen Kommission bei künftigen Beitrittsrunden unvermeidlich. Eine Renationalisierung des Sprachendienstes lehnte Krichbaum jedoch ab, da dies zu abweichenden Übersetzungen rechtlich verbindlicher Dokumente führen könne.

Schließlich dämpfte Krichbaum die geäußerte Hoffnung, die tendenziell kritische Haltung des Bundesrats in europapolitischen Fragen könne durch eine verstärkte Kooperation zwischen Bundestag und Bundesrat überwunden werden. Zwar werde es weiterhin gemeinsame europapolitische Initiativen zwischen beiden Kammern geben. Aufgrund divergierender Betroffenheit und Themensetzung seien der Zusammenarbeit jedoch Grenzen gesetzt.

Joscha Ritz